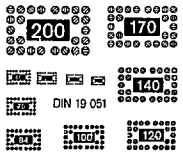

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Die Einheit gestalten in Würde und Anstand

Liebe Bürgerinnen und Bürger des Bezirkes Potsdam!

Mit Ihrer Entscheidung am 18. März 1990 stellen Sie die Weichen für die Zukunft unseres Landes.
Die Auszüge aus dem Wahlprogramm der SPD geben einen Überblick zu brennenden Fragen. Sie sollen Hilfe zu Ihrer Orientierung sein.

Am 18. März werden wir frei wählen. Diese freie Wahl verdanken wir der friedlichen Revolution vom Herbst 1989, dem Aufbruch des Volkes in diesem Lande zur politischen Selbstbestimmung. Es wird die Aufgabe der gewählten Vertreter der Parteien und politischen Vereinigungen sein, den Willen des Volkes durch eine ebenso mutige wie verantwortungsvolle Politik umzusetzen.

Was wir und mit uns die meisten Menschen in diesem Lande wollen, ist schon heute sichtbar:
Wir wollen die deutsche Einheit.
Wir wollen Freiheit, Zukunftschancen und soziale Sicherheit.
Wir wollen dies alles hier, in unserer Heimat.

Wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen wollen Politik für die Menschen in diesem Lande gestalten. Wir stehen für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Willy Brandt hat mit seiner Ostpolitik die Grundlagen geschaffen für die Überwindung der Spaltung Europas. Daran knüpfen wir an. Wir sagen Ja zur deutschen Einheit. Wir wollen sie so gestalten, daß sie eine Chance für die Erneuerung Deutschlands und die Vereinigung Europas wird. Niemand soll sie fürchten müssen

- weder die sozial Schwachen in beiden Teilen Deutschlands
- noch die Nachbarn Deutschlands
- noch die Völker Osteuropas, die wie wir den Weg der demokratischen und wirtschaftlichen Erneuerung gehen.

Archiv der sozialen Demokratie Bonn Bibliothek

C90-352

Unser Fahrplan zur deutschen Einheit

Auf dem Weg zur deutschen Einheit müssen vier Entwicklungen koordiniert werden:

1. die Entwicklung zur europäischen Integration, damit die Rechte und Interessen der Vier Mächte und unserer Nachbarn zur Geltung kommen;
2. die Entwicklung gesamtdeutscher politischer Institutionen, damit die Einigung kein chaotischer Anschluß, sondern ein geordnetes Zusammenwachsen wird;
3. die umsichtige Reform der Rechtsordnung in der DDR, damit Marktwirtschaft, Mitbestimmung und soziale Sicherheit nicht auseinanderlaufen;
4. die Verwaltungsreform in der DDR, damit ein Bundesstaat der fünf Länder mit kommunaler Selbstverwaltung entsteht.

Die Entwicklung der gesamtdeutschen politischen Institutionen

März 1990: Das Parlament der DDR erklärt am Tage seines Zusammentritts die Anerkennung der „Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten" vom 4. November 1950. Es erklärt seinen festen und feierlichen Willen, die Vereinigung der beiden deutschen Staaten zu einem deutschen Bundesstaat herbeizuführen und die Einigkeit der Deutschen zu verwirklichen. Es beschließt die Grundregeln, nach denen das Parlament und die Regierung der DDR in der Übergangszeit arbeiten. Es beschließt die Bildung einer Verfassungskommission, die kurzfristig den Entwurf einer neuen Verfassung vorlegen soll. Anschließend wird die Regierung gebildet.

April 1990: Beide Regierungen beginnen mit den Verhandlungen über das Vertragswerk zur deutschen Einheit, das einen verbindlichen Fahrplan und alle hiermit verbundenen gegenseitigen Vereinbarungen festlegt. Sie bilden auf allen Ebenen gemeinsame Kommissionen gebildet. Das Parlament der DDR beschließt ein Gesetz zur Bildung der Länder.

April/Mai 1990: Der Rat zur deutschen Einheit wird gebildet. Er verkörpert die Einheit Deutschlands.
Er soll als gemeinsames Organ das Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten begleiten. Er ist bei allen Fragen, die die Einigung der beiden deutschen Staaten und ihre Beziehungen zu dritten Staaten betreffen, beratend hinzuzuziehen. Er besitzt keine Gesetzgebungsbefugnis. Er erarbeitet ausgehend vom Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ein gemeinsames Grundgesetz.
Er wird von den Parlamenten der beiden deutschen Staaten und den Landtagen paritätisch zu besetzt. Zum Vorsitzenden schlagen wir Willy Brandt vor.

6. Mai 1990: Kommunalwahlen und Kreistagswahlen in der DDR. Aufbau der kommunalen Selbstverwaltung und Umwandlung der bisherigen Kreise in Landkreise.

Sommer 1990: Landtagswahlen in den fünf Ländern der DDR. Die Länder geben sich eine Verfassung.

Nach Abschluß der Arbeit an dem Grundgesetz des gesamtdeutschen Bundesstaates wird diese vom Rat zur deutschen Einheit paraphiert. Über die Verfassung wird in einer Volksabstimmung entschieden. Danach findet die Wahl des gesamtdeutschen Parlaments statt. Am Tage des Zusammentritts des Deutschen Bundestages lösen sich der Bundestag der Bundesrepublik Deutschland und das Parlament der DDR auf.

Wirtschaftspolitik für soziale Sicherheit und eine gesunde Umwelt

Die Kommandowirtschaft der SED hat zu einer gewaltigen Verschwendung von Arbeitskraft, Kapital und Rohstoffen geführt, unseren Lebensstandard niedriggehalten und die Menschen um die Früchte ihrer Arbeit gebracht. Es gibt an ihr nichts zu reformieren.

Wir Sozialdemokraten wollen deshalb Markt und Wettbewerb, damit sich Initiative zum Wohle aller entfalten kann.

Wir wollen eine ökologisch orientierte soziale Marktwirtschaft,

- in der alle Bürger Arbeit finden und die Leistungsfähigen die Schwächeren bei Krankheit, Alter und Arbeitslosigkeit solidarisch unterstützen,
- in der die natürlichen Lebensgrundlagen und unsere Gesundheit gesichert werden,
- in der alle Bürger am Haben und Sagen in der Wirtschaft teilhaben.

Um die Weichen für grundlegende Reformen für eine ökologisch orientierte soziale Marktwirtschaft zu stellen, werden wir Sozialdemokraten

- die Entfaltung neuer Initiativen durch Gewerbefreiheit und die Zulassung privater Unternehmensgründungen und -beteiligungen ermöglichen;
- vor allem kleine und mittlere Unternehmen fördern, die am schnellsten zur Überwindung von Versorgungsengpässen und Mängeln beitragen.

Wir wollen durch ein striktes Wettbewerbsrecht für funktionierenden Wettbewerb sorgen und damit dem Entstehen monopolwirtschaftlicher Macht entgegenwirken. Möglichst viele Kombinate sollen entflochten und Zulieferbetriebe ausgegliedert werden.

Wir wollen das Eigentum als die Basis aller wirtschaftlichen Entscheidungsbefugnisse garantieren, allen Bürgern Eigentum am Produktivvermögen ermöglichen und Gebietsfremden auch Mehrheitsbeteiligungen sowie Unternehmensgründungen ermöglichen. Volkseigene Betriebe und Kombinate wollen wir in Rechtsformen überführen, die vielfältige Eigentumsformen, auch unter Einbeziehung der Belegschaft ermöglichen.

Wir wollen die Staatsbank auf die Funktion einer Notenbank beschränken, die im Zuge der Wiederherstellung der Länder in Landeszentralbanken umgewandelt wird, und selbständige Geschäftsbanken aufbauen, wo die Ersparnisse der Bürger angelegt und Unternehmen finanziert werden können. Das Devisenmonopol der Staatsbank und das staatliche Außenhandelsmonopol müssen aufgehoben werden.

Wir wollen die Preise dort freigeben, wo Wettbewerbsbedingungen vorhanden sind. Subventionen sollen so abgebaut werden, daß gleichzeitig Löhne, Renten, Stipendien, Kindergeld und andere Sozialeinkommen steigen. Mit der schrittweisen Anhebung der Mieten soll zugleich ein Wohngeld eingeführt werden.

Wir wollen durch ein gerechtes Steuersystem die Unternehmen und die Bürger nach ihrer Leistungsfähigkeit an den Gemeinschaftslasten beteiligen. Das Steuersystem soll die Investitionstätigkeit fördern und zur Leistung anreizen. Länder und Gemeinden werden an dem Steueraufkommen nach festen Regeln beteiligt. Wir werden die Mehrwertsteuer einführen.

Wir wollen die Infrastruktur durch öffentliche Mittel erneuern und ausbauen, d. h. das Telefonnetz modernisieren, die Verkehrswege, Bahn und Straßen nach den Bedürfnissen einer modernen Industriegesellschaft ausbauen, die Energie-, Wasserversorgung und Abfallentsorgung ökologisch sichern, um die Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Aufbruch zu schaffen.

Wir brauchen starke, unabhängige und freie Einzelgewerkschaften, die sich unter einem gemeinsamen Dachverband zusammenschließen. Gemeinsam mit den Gewerkschaften verfechten wir die Tarifautonomie, das Streikrecht und die betriebliche Mitbestimmung.

Wir wollen die Wirtschafts- und Währungsunion mit der Bundesrepublik an die Sozialunion knüpfen.

Die Modernisierung unserer Wirtschaft und die Umstellung auf eine demokratische, soziale und ökologische Marktwirtschaft wird Kraft und Anstrengung kosten. Aber sie wird sich lohnen.

Landwirtschaft: ertragreich und umweltfreundlich

In der Landwirtschaft sollen Betriebe unterschiedlicher Eigentumsformen existieren können. Wir wenden uns gegen eine Restaurierung des einstigen Großgrundbesitzes in der DDR – die Bodenreform ist unwiderruflich.

Freiwillige Genossenschaften bieten eine günstige Grundlage für ertragreiche und ökologische Landwirtschaft. Genossenschaftsbauern und ihre Erben sollen für die Gründung von Privatbetrieben Grund und Boden erhalten können.

Wir fördern, daß agrarindustrielle Komplexe und andere zentralisierte Landwirtschaftsunternehmen in umweltgerecht wirtschaftende und ertragreiche Betriebe genossenschaftlichen oder privaten Eigentums umgewandelt werden.

Die ökonomisch und ökologisch schädliche Trennung von Pflanzenanbau und Tierzucht soll aufgehoben werden.

Wir werden bei Preisen, Steuern, Abgaben und Förderung die Integration der Landwirtschaft in den EG-Markt vorbereiten und dazu ein Stufenprogramm ausarbeiten.

Wir sehen, daß künftig weniger Bäuerinnen und Bauern direkt in der Landwirtschaft arbeiten werden. Sozialdemokratische Agrarpolitik hat dafür zu sorgen, daß Arbeitsplätze auf dem Lande geschaffen werden. Dieses ist möglich durch die Förderung von Betriebsgründungen in den Bereichen Lagerung, Verarbeitung und Vermarktung, durch Förderungsprogramme für selbständige Handels- und Handwerksbetriebe, durch die Einbeziehung des ländlichen Raumes in den Ausbau des Kommunikations- und umweltschonenden Verkehrssystems. Auf diese Weise lassen sich strukturelle Veränderungen in der Landwirtschaft durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze sozial abfangen.

Wir wollen, daß der künftige Wettbewerbsdruck nicht zum 16-Stunden-Tag für die Landbevölkerung wird.

Das Dorf darf als unmittelbarer Lebensraum nicht weiter zerstört werden.

Soziale Sicherheit durch solidarische Sozialpolitik

Sozialer Friede und soziale Sicherheit sind die Grundlage wirtschaftlicher Erfolge. Ein dicht geknüpftes soziales Netz und hohe soziale Leistungen setzen andererseits ein effizientes Wirtschaften voraus.

Wer die Wirtschafts- und Währungsunion will, muß auch die Sozialunion mit der Bundesrepublik wollen. Denn das Zusammenwachsen von Wirtschaft und Währung muß sozialpolitisch abgesichert und begleitet werden. Wir werden daher sofort Verhandlungen über die Bildung einer Sozialunion mit der Bundesrepublik aufnehmen.

Prinzip unserer Sozialpolitik ist die Solidarität. Das bedeutet Hilfe für sozial Schwächere. Sie soll stets auch Hilfe zur Selbsthilfe sein.

Wir werden mit dem sofortigen Aufbau einer Arbeitslosenversicherung beginnen, um zu verhindern, daß der Verlust des Arbeitsplatzes zu einem existenziellen Risiko wird und zur Armut führt. Damit unser Rentensystem die notwendige Absicherung im Alter oder bei Berufsunfähigkeit bietet, werden wir es reformieren und die Renten an das im Berufsleben erzielte Gehalt koppeln. Mit der Bundesrepublik werden wir Verhandlungen über einen Ausgleich der Belastungen bei den Renten führen. Wir werden das Sozialhilferecht reformieren.

Jeder hat das Recht auf eine angemessene Wohnung. Bei den Mieten müssen zur Finanzierung von Sanierung und Renovierung die Kosten stärker berücksichtigt werden. Wir werden hier die bisherigen Subventionen durch personenbezogene Wohnbeihilfen ablösen. Einen völlig freien Wohnungsmarkt jedoch kann es nicht geben. Bestehende Mängel in der Wohnraumbewirtschaftung, wie freistehende Wohnungen oder bürokratische Bearbeitung von Anträgen, müssen sofort abgestellt werden.

Krankenversicherungen sollen die Versorgungs- und Betreuungsleistungen finanzieren. Die öffentliche Hand, Kommunen und Länder sind für notwendige Investitionen und die Verbesserung des Leistungsangebotes zuständig. Der Nachholbedarf bei der materiell-technischen Ausstattung und der personellen Besetzung der medizinischen Einrichtungen muß aus dem Staatshaushalt beglichen werden.

Wir brauchen ein bürgernahes, leistungsfähiges und wirtschaftliches, d. h. in den Eigentumsformen pluralistisches Gesundheitswesen. Öffentlichen Gesundheitsdiensten soll der Vorrang bleiben! Bürokratische Apparate müssen auf ein Mindestmaß reduziert werden. Wir treten ein für ein Netz häuslicher Pflegeangebote, ambulanter oder halbstationärer Betreuung, um die stationäre Behandlung auf das medizinisch notwendige Maß zu beschränken.

Die soziale Sicherung der Kinder, Jugendlichen, Familien und Alten ist ein Grundanliegen unserer Politik.

Eines besonderen staatlichen Schutzes bedürfen die Mütter, besonders die alleinerziehenden. Wir stehen für bezahlten Schwangerschaftsurlaub, Sicherheit des Arbeitsplatzes, Erziehungsgeld und Anrechnung der Erziehungszeiten auf die Renten (auch für alleinerziehende Väter) ein.

Wir wollen ein breites vielfältiges Angebot von familienergänzenden Einrichtungen – Kindergärten, Horte, Kinderläden erhalten bzw. private Initiativen auf diesem Gebiet unterstützen.

Schulspeisung soll weiter in Schulen angeboten werden.

Wir wollen eine kinderfreundliche Umwelt in unseren Städten, vor allem im Wohnungsbau und bei der Verkehrsgestaltung. Kinder brauchen Schutz vor psychischer und physischer Gewalt. Für Kinder ohne familiäre Bindung sollen Kinderdörfer geschaffen werden.

Jugendlichen muß ein breites Angebot an Freizeit- und Kultureinrichtungen zugänglich sein.

Den älteren Menschen, die aus dem Berufsleben ausgeschieden sind, ist die Gesellschaft zu Dank verpflichtet, da sie von ihrer Arbeit und Lebenserfahrung profitiert.
Wir wollen ihnen nicht nur eine angemessene Rente garantieren – sie sollen auch über Möglichkeiten zur Pflege sozialer Kontakte, zur Weiterbildung und zur politischen Mitverantwortung verfügen können.

Wir wollen den Bau altersgerechter Wohnungen durch kommunale Träger fördern. Klubs, Vereine und Verbände sollen Angebote in den Wohngebieten schaffen und für eine öffentliche Vertretung der Probleme älterer Menschen sorgen können.

Wer studieren will und zum Studium befähigt ist, soll Fachrichtung und Studienort frei wählen können, soweit es die Kapazitäten der Universitäten und Hochschulen erlauben.

Wir Sozialdemokraten wollen die Universitäten und Hochschulen wieder zu Stätten der Einheit von Forschung und Lehre machen. Sie brauchen eine demokratische Selbstverantwortung.

Die wissenschaftlichen Einrichtungen müssen durch öffentliche Mittel hinreichend ausgestattet sein, damit Wissenschaft und Forschung frei und unabhängig sind.

Unsere Studien- und Forschungsstätten, die Studiengänge und Abschlüsse müssen im Zeitalter der Freizügigkeit in Europa attraktiver werden.

Frauen sollen sowohl im Studium als auch in Forschung und Lehre dieselben Chancen haben wie die Männer.

Und gegen wen führt die SPD den Wahlkampf?

Vor uns steht die Aufgabe einer grundlegenden Erneuerung des Landes im Prozeß der Einigung beider deutscher Staaten. Diese ungeheure Aufgabe erfordert die Zusammenarbeit aller, die die Prinzipien des demokratischen Rechtsstaates in sozialer und ökologischer Verantwortung anerkennen. Wir brauchen den Konsens aller Demokraten, unabhängig von der Frage, wer nach der Wahl die Regierungsverantwortung trägt und wer die notwendige Aufgabe der parlamentarischen Opposition wahrnimmt.

Wir führen diesmal den Wahlkampf vor allem gegen die inneren und äußeren Verwüstungen, die die SED uns hinterlassen hat, gegen die passive Gleichgültigkeit, gegen Panik und Angstmache, gegen die bloß nörgelnde Distanz, gegen die Hoffnungslosigkeit.

Wir wollen einen Wahlkampf führen, der bei aller sachlichen Auseinandersetzung sorgsam mit dem demokratischen Konsens umgeht. Wir müssen nach der Wahl zusammenarbeiten können, und sei es in verteilten Rollen.

Die PDS ist allerdings für uns unter keinen Umständen koalitionsfähig. Zwar spricht auch sie von ökologisch orientierter Marktwirtschaft, von den Menschenrechten und der Demokratie. Aber wir bezweifeln, daß sie dasselbe meint, wenn sie dasselbe sagt. Wir sehen, daß sie sich noch nicht hinreichend erneuert hat. Wir glauben ihr nicht, daß sie während der Fahrt die Reifen wechseln kann. Noch immer betreibt sie die Politik mit der Angst und die Politik der leeren Versprechungen. Wir behaften die PDS als Partei bei ihrer SED-Vergangenheit, nicht jedoch jedes einzelne ihrer Mitglieder.

Wenn wir nach den Wahlen durch den Willen der Bürgerinnen und Bürger zur stärksten Partei im neuen Parlament werden sollten, werden wir eine Regierung bilden, die einen breiten demokratischen Konsens sucht. Hierbei können wir uns die Beteiligung der unseren demokratischen Grundpositionen nahestehender, vertrauenswürdiger Personen am Kabinett wie eine Koalition mit solchen Parteien vorstellen.

Das Wahlbündnis „Allianz für Deutschland" (CDU, DA, DSU) scheint sich ganz auf Anschluß statt auf Zusammenwachsen eingestellt zu haben. Aber Anschluß ist gefährlich, weil er den europäischen und den sozialen Frieden aufs Spiel setzt.
Wir Sozialdemokraten treten für die soziale Demokratie ein. Das hat nichts zu tun mit dem Staatssozialismus der SED und ist auch nicht dasselbe wie der demokratische Sozialismus der PDS: Wer uns unter der Überschrift „Sozialismus" mit SED und PDS in denselben Kasten sperrt, betreibt Rufmord und zerbricht den Konsens der Demokraten.

Wir Sozialdemokraten können gegenwärtig nur eine sichere Koalitionsaussage machen: niemals mit der PDS. Wir erstreben nach der Wahl eine starke Regierung auf breiter parlamentarischer Grundlage, die das große Reformwerk tragen kann. Wir können in diese Regierung ein klares Programm einbringen. Wir können uns der Solidarität unserer Schwesternpartei in der Bundesrepublik Deutschland sicher sein. Mit ihrem Verständnis können wir auch dann rechnen, wenn wir in den bevorstehenden Verhandlungen zuerst und vor allem die Interessen der Bürger der DDR vertreten.

Erklärung der SPD zu Fragen der sog. Westgrundstücke

Als ungelöstes Problem hat uns die SED die Frage der sog. Westgrundstücke hinterlassen. Ihre Zahl wird auf 500 000 bis 1 000 000 geschätzt. Sie sind teils enteignet, teils treuhänderisch verwaltet, teils vom Staat verkauft worden.

Nach unserer Auffassung kommt eine generelle Rückabwicklung nicht in Betracht. Den in der DDR entstandenen Verhältnissen muß hierbei Rechnung getragen werden.

Wir dürfen nicht Recht schaffen durch neues Unrecht.

Wir dürfen nicht den Rechtsfrieden auf unabsehbare Zeit gefährden. Wir müssen berücksichtigen, daß in den vergangenen 40 Jahren die Menschen in der DDR die größere Last zu tragen hatten. Deshalb haben ihre Belange in dieser Frage Vorrang.

Wir schlagen folgende Regelung vor:

1. Die Bodenreform von 1946 wird nicht rückgängig gemacht.
2. Grundstücke, deren Besitzer vor dem 1. 1. 1962 die DDR verlassen haben und die daraufhin enteignet oder unter staatliche Zwangsverwaltung gestellt wurden, bleiben enteignet oder werden in Staatseigentum überführt. Sofern dies noch nicht erfolgt ist, werden die Eigentümer vom Staat entschädigt.
3. Für die Grundstücke, deren Besitzer nach dem 1. 1. 1962 die DDR verlassen haben und die daraufhin unter staatliche Zwangsverwaltung gestellt oder enteignet worden sind, schlagen wir folgende Regelung vor:
   - Unbebaute Westgrundstücke werden an die ursprünglichen Eigentümer zurückgegeben. Land- und forstwirtschaftliche Flächen dürfen ihrer bisherigen Nutzungsart nur mit staatlicher Genehmigung entzogen werden.
   - Bei Westgrundstücken, die vom Staat an einen Bürger der DDR verkauft worden sind, werden die Eigentumsrechte des Käufers bestätigt. Die Voreigentümer sind vom Staat zu entschädigen.
   - Bei Westgrundstücken, die einem DDR-Bürger ohne förmlichen Verkauf zur Bebauung überlassen worden sind, werden die Voreigentümer vom Staat enteignet und entschädigt. Den Nutzern ist ein Vorverkaufsrecht einzuräumen.
   - Westgrundstücke, die nach wie vor bebaut sind, werden den Eigentümern zurückgegeben. In den nächsten zwei Jahren können sie allerdings keinen Eigenbedarf als Kündigungsgrund gegen ihre Mieter geltend machen.

SPD-Potsdam